

04.08.2023

Betreff: Fragenkatalog

nachfolgend beantworte ich gerne Ihre Fragen. Sollten dazu weitere Rückfragen bestehen, melden Sie sich gerne jederzeit.

Frage: Durch welche Maßnahmen tragen sie Sorge, dass frauenspezifische Einrichtungen und Dienstleistungen , insbesondere Frauenhäuser und Einrichtungen für Betroffene sexueller Gewalt ausschließlich für Frauen und ihre Kinder angeboten werden?

Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist ein zentrales Anliegen der GRÜNEN in Hessen. Wir setzen uns dafür ein, dass frauenspezifische Einrichtungen und Dienstleistungen weiterhin ausschließlich für Frauen zugänglich sind. Die Ablehnung des Rheingau-Taunus-Kreises, der UN-Frauenrechtskonvention beizutreten, durch CDU, FWG und AfD ist in diesem Kontext bedauerlich und zeigt, wie wichtig eine klare Positionierung ist.

Ich engagiere mich bereits auf Kreisebene für Bildung und Soziales und sehe die Notwendigkeit, frauenspezifische Angebote wie Frauenhäuser zu schützen und zu fördern. Getrennte Einrichtungen für Frauen sind essentiell, um ihnen einen sicheren Raum zu bieten.

Frage: Wie möchten Sie sicherstellen, dass das Monitoring zu Gewalt (öffentliche Statistiken, Statistiken der vom Land finanzierten Träger) den Vorgaben, die sich aus den verpflichtend umzusetzenden Konventionen ergeben, entspricht?

Die Einhaltung von internationalen Konventionen wie der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) und der Istanbul-Konvention ist mir ein besonderes Anliegen. Die Datenerfassung und -auswertung muss transparent und gemäß diesen Standards erfolgen, um gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einzuleiten.

Wir befürworten die Implementierung eines landesweiten Monitoringsystems, das geschlechtsspezifische Daten erhebt. Dies ist unerlässlich, um die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen präzise bewerten zu können.

Frage: Welche Lösungen schlägt Ihre Partei vor, wenn es um die Unterbringung von transweiblichen Straftäterinnen in Justizvollzugsanstalten geht?

Eine Transidentität ist selbst noch kein Risikofaktor für andere Menschen. Das heißt, dass eine ähnliche Gefahr sowohl von Cis-Frauen als auch von Transfrauen ausgeht. Statistisch betrachtet, sind Transfrauen sogar häufiger Opfer von Gewalt. Es kann natürlich immer sein, dass Personen aufgrund von Persönlichkeitsstörungen oder anderen gesundheitlichen Problemen ein Risiko darstellen. Hier ist eine sensible und differenzierte Herangehensweise erforderlich. Um die Sicherheit und das Wohlergehen aller betroffenen Personen zu gewährleisten, sollten Entscheidungen aufgrund von individuellen Risikobewertungen basieren. Hierfür muss gerade die psychologisch-gutachterische Versorgung im Justizvollzug ausgebaut werden.

Die Unterbringung in Justizvollzugsanstalten sollte so erfolgen, dass das Wohl aller Insassinnen und Insassen gewährleistet ist. Für transidente Straftäter*innen kann es notwendig sein, sie in spezialisierten Einheiten unterzubringen, um Diskriminierung und Gewalt zu minimieren, besonders wenn die Transition entweder in der Haftanstalt beginnt oder zum Zeitpunkt der Haft noch nicht beendet ist.

Frage: Wie möchten Sie bei Transpersonen sicherstellen, dass insbesondere die Polizeibeamtinnen (aber auch die Polizeibeamten) des Landes nur Personen des gleichen Geschlechts durchsuchen müssen, wie es das Landesgesetz vorsieht?

Die Durchsuchung von Personen sollte immer in einer Art und Weise durchgeführt werden, die die Würde und Sicherheit aller Beteiligten respektiert. Hierfür sind klare Richtlinien und Schulungen der Polizeibeamten notwendig.

Frage: Setzen Sie sich für den Erhalt reiner Mädchentoiletten an hessischen Schulen ein?

Die Mädchentoilette an Schulen ist oftmals auch ein Rückzugs- und Schutzraum. Dieser sollte erhalten bleiben. Gleichzeitig darf dies nicht zu Ausgrenzung führen, weswegen ich eine dritte diverse Toilette einführen möchte. Außerdem müssen Transidentität und Queersein in der Schule eine größere Rolle spielen, um dafür zu sensibilisieren und Diskriminierung in alle Richtungen aktiv vorzubeugen.

Frage: Bekennen Sie sich zu der Abschaffung der Geschlechterrollenstereotypen, wie von CEDAW und Istanbul-Konvention gefordert, und wenn ja: Wie möchten Sie den Konflikt lösen, der sich aus Identitäten ergibt, die auf Gender aufbauen?

Selbstverständlich bekenne ich mich zur Abschaffung von Geschlechterstereotypen. Hierbei setzen wir auf Bildung und Sensibilisierung schon von klein auf. Dies soll den Schüler*innen helfen, eine vielfältigere Perspektive auf Geschlecht und Identität zu entwickeln.

Frage: Welche Vorgaben an Schulen und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer erachten Sie als sachgemäß, wenn eine Schülerin oder ein Schüler eine Transition begehrt?

Wenn eine Schülerin oder ein Schüler eine Transition begehrt, sollten Schulen und Lehrkräfte geschult sein, um angemessen und respektvoll darauf zu reagieren. In diesem Kontext sind enge Zusammenarbeit mit Fachberatungsstellen und klare Richtlinien zur Unterstützung sowohl der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers als auch der Schulgemeinschaft wichtig.

Dominik Lawetzky

Dominik Lawetzky
Landtagskandidat – Rheingau-Taunus I